

Wenn Kämpfer sprechen, schweigen die Waffen

Vorläufige Lessons Learnt aus der Arbeit mit kämpfenden Gruppen

Die Hinwendung des Welfriedensdienstes zu bewaffneten Gruppen als einer wichtigen Zielgruppe von Friedensarbeit entstand nicht aus strategischen Überlegungen in Berlin, sondern aus dem Votum unserer Partner in Guinea-Bissau. Mehrere kriegführende Armeen hatten 1998/99 in den Armutsvierteln Bissaus Hunderte Versehrte und Traumatisierte hinterlassen. Nun wollten die „Opfer“ aus dieser Rolle herausfinden, sich präventiv engagieren und damit bei den Militärs beginnen. Während in Bissau erste Workshops mit interessierten Uniformierten durchgeführt wurden, aus denen schließlich eine Friedens-NRO von Soldaten, Polizisten und Zivilgesellschaft entstand, entwickelte sich dazu beim WFD eine konzeptionelle Diskussion.

Es gab die These, es sei naiv, in militärischen Strukturen friedenspolitisch wirken zu wollen. Wir hinterfragten aber auch die eigene „Gewaltlosigkeit“, unterschieden zwischen Soldaten und Militarismus und erkannten, dass der erhellende Begriff des positiven Friedens dabei war, den großen Wert der bloßen Abwesenheit von Krieg zu verdunkeln. Die verbleibenden Bedenken waren weniger ideologischer Natur, sondern entsprangen einer Do-No-Harm-Perspektive: Würden wir bei vertieften Arbeitszusammenhängen mit Bewaffneten nicht schrittweise „eingebettet“ und deren Sicherheitslogik übernehmen? Und würden wir dort nicht eher eine Alibifunktion erfüllen?

Nach drei Jahren intensiver Arbeit mit bewaffneten Gruppen, die inzwischen in weiteren Projekten begonnen hat und neben regulären Einheiten auch Guerillagruppen einbezieht, steht eine systematische Evaluation unserer Erfahrungen noch aus. Klar belegt ist gleichwohl am Beispiel dreier Putsche und Putschversuche die Verhaltensänderung einer Reihe höherer Offiziere in Richtung auf Verhandlung, Folgenabschätzung und Vermeidung von Blutvergießen, oft unter großem persönlichen Engagement. Unterhalb dieser

Ebene sucht eine wachsende Zahl Soldaten angesichts verfassungsfeindlicher Befehle den Rat des ZFD-Projektpartners über Mobilfunk. Andere berichten von ihrer Flucht im Augenblick der Mobilisierung gegen Verfassungsorgane oder von der medizinischen Versorgung zurückgelassener Verletzter der Gegenseite, was zuvor offenbar nicht geschah. In allen Kasernen des Landes bekunden Gruppen von Soldaten großes Interesse an Mediation. Kurz nach der Behandlung des Themas auf Veranstaltungen des Projekts mit Militärs erklärt sich der Generalstabschef öffentlich gegen verfassungsfeindliche Befehle. Und schließlich bemühen sich Offiziere erfolgreich um die Anbahnung von Gesprächen zwischen kämpfenden Rebellengruppen und einer Frauenbewegung für Friedensverhandlungen im Nachbarland.

Ob auch die Abwendung zweier unmittelbar bevorstehender Kampfeinsätze nach Vermittlungsinitiativen kooperierender Offiziere tatsächlich relevante Faktoren für den unblutigen Ausgang der letzten Putsche waren, ist letztlich nicht nachweisbar. Plausibel ist die Annahme, dass die Entschleunigung der Eskalationsdynamik den bewaffneten Entscheidungsträgern die Möglichkeit gab, unblutige Optionen überhaupt in Betracht zu ziehen und zu erkennen, dass die eigenen Interessen auch gewaltfrei verfolgt werden können.

Will man die sich im Militär verbreitende Erkenntnis, auch unblutig handeln zu können, als Fortschritt werten, dürfte einer der Erfolgsfaktoren in der prozessorientierten Projektentwicklung liegen.

Fünf Thesen Warum der ZFD verstärkt mit bewaffneten Akteuren arbeiten sollte

1. Bewaffnete Akteure gehören in den Mittelpunkt des Interesses

Sie sind in vielen Staaten eine der schlimmsten unmittelbaren Bedrohungen für die Zivilbevölkerung. Über indirekte Maßnahmen mit anderen Zielgruppen kann dieses Problem nicht so überzeugend behandelt werden, dass sich auf die direkte Arbeit mit Militärs und Rebellen verzichten ließe.

2. Die Bewaffneten sind zu wichtig, um sie der staatlichen EZ zu überlassen

Offizielle Programme sind unverzichtbar, unterliegen aber vielfältigen protokollarischen Zwängen und politischen Interessenlagen. Der Aufbau kontinuierlicher Vertrauensbeziehungen etwa ist so kaum zu leisten; hier liegt ein komparativer Vorteil der Zivilgesellschaft.

Dass sich aus einer Workshopreihe einmal eine Friedens-NRO entwickeln würde, in der mit Billigung des Generalstabs Soldaten und Menschenrechtsverteidiger zusammenarbeiten, hätte keiner der ursprünglich Beteiligten auch nur als Idee formuliert, und aus isolierten Fortbildungsveranstaltungen wäre dieser Zusammenhang auch nie erwachsen. Im Rückblick ist diese NRO eine wichtige Antwort auf das „embeddedness“-Risiko: Sie bietet einen Ort außerhalb der Kasernen und Befehlsstrukturen, an dem Soldaten Probleme und Lösungen grundsätzlich und in zugespitzten Situationen reflektieren können und dürfen. Auch dies wäre jedoch nicht hinreichend, hätten die im Forum Theater organisierten Kriegsoffer und die Friedensfachkräfte nicht von Beginn an mit Blick auf die Individuen gearbeitet, statt die Teilnehmer als bloße Funktionsträger anzusprechen.

Partner und Friedensfachkräfte begannen mit privaten Kontakten und versammelten persönlich Interessierte, setzten auf den Workshops Biografien, Seelen und Körper in Beziehung zu den Ideen der Staatsgründer und der gewaltvollen Geschichte, konfrontierten Vorgesetzte und Untergebene, eingefleischte Soldaten und Militärkritiker miteinander und identifizierten gewaltförmige Kommunikation innerhalb der Workshopgruppe.

So entwickelte sich nicht nur schematisches Wissen, sondern Vertrauen zwischen allen Beteiligten über eine lebensgeschichtlich bedeutsame Erfahrung – ein Stück Identität in einer gewaltkritischen Peergroup an Stelle des Korpsgeistes. Eine weitere wichtige Bedingung war die Kontinuität – als NRO konnten wir es uns leisten, mit ausgewählten Offizieren unabhängig von der Legitimität des Oberbefehlshabers oder dessen möglichen Verstrickungen in kriminelle Handlungen weiter zu arbeiten. Bedeutsam für die Breitenwirksamkeit war schließlich die Durchführung einer Serie von „Rallyes“ mit je rund 100 TeilnehmerInnen, darunter vielen Militärs. Die landesweit stattfindenden moderierten Gruppendiskussionen zu „heißen Eisen“ wirkten als eine Art Kamm, in dem nach jeder Veranstaltung eine größere Zahl von Menschen

mit Interesse an Mediation hängenblieb – heute bilden sie ein Netz von Personen, das nicht nur in allen Militäreinheiten, sondern auch in anderen wichtigen Institutionen präsent ist (z. B. in Polizei, Bildungseinrichtungen und Redaktionen).

Die Risiken der Arbeit sind uns dabei präsent. Zwar hat sich die Gefahr, zum Feigenblatt des Militarismus zu werden, nicht bestätigt. Auch hat es den Anschein, als sei bislang mehr Gewaltfreiheit ins Militär eingewandert als militaristisches Denken in Projekt und Partner. Nicht zu übersehen ist aber, dass die projektseitigen Interpretationen politischer Ereignisse das Handeln und die Motive des Militärs differenzierter bewerten als das anderer wichtiger Akteure. Diese Bewegung ist zunächst als Korrektiv von Klischees durchaus zu begrüßen, kann aber die Grenzen zur Interessenvertretung überschreiten und sollte durch vergleichbar intensive Kontakte mit anderen konfliktrelevanten gesellschaftlichen Gruppen ausbalanciert werden. Erwartungsgemäß gab es auch Dilemmata bei der Zielbestimmung und Rollenfindung: So lief beim jüngsten Putsch das Nahziel „Es soll kein Blut fließen“ auf Mediation zwischen den Konfliktparteien hinaus – das Fernziel Demokratie und Menschenrechte auf eine klare Verurteilung der Putschisten. Im Endeffekt unternahm der Projektpartner beides. Im Grenzgebiet zum Senegal suchten die zersplitterten Rebellen unterdessen Unterstützung bei der Formulierung konsolidierter Vorschläge für Vorverhandlungen. Deren Einigung ist freilich ein Dual-use-Produkt: Es kann für belastbare Verhandlungen oder gemeinsames Zuschlagen genutzt werden. Nur Zug um Zug, gegen vertrauensbildende Meilensteine, kann man den kämpfenden Gruppen hier entgegenkommen.

Die kontinuierliche Begleitung bewaffneter Akteure erhöht gleichermaßen die Chancen auf Einflussnahme wie die Risiken einer Mitverantwortung für bewaffnete Konfliktaustragung. Die Gefahren wie auch die Möglichkeiten ihrer Eingrenzung lassen sich aber um so zuverlässiger einschätzen, je genauer man die Akteure kennt.

3. Bewaffnete sind veränderbar

Sie verstehen viel vom Kampf und wenig von Gewaltfreiheit. Sie optieren daher oft für militärische Lösungen oder lassen sich dafür instrumentalisieren. Ihre persönlichen und institutionellen Interessenlagen erfordern aber durchaus nicht den Kampf.

4. Bewaffnete brauchen Außenkontakte, um friedlich zu werden

Kasernierung, Wagenburgmentalität und Korpsgeist verhindern, dass Bewaffnete gewaltfreie Alternativen prüfen. Diese schädliche Abschottung von der Zivilgesellschaft wird durch autoritäre Politiker und NRO mit Berührungängsten gleichermaßen festgeschrieben.

5. Friedensarbeit muss Verantwortung für ihre Priorisierung übernehmen

Man kann in der Arbeit mit Bewaffneten viel falsch machen. Kompetente Friedensakteure, die deshalb diese Möglichkeit grundsätzlich ignorieren und sich stattdessen auf unproblematische Zielgruppen konzentrieren, entgehen damit nicht der Verantwortung, ihre Ressourcen dort einzusetzen, wo sie dem Frieden am wirkungsvollsten dienen.



Hans Jörg Friedrich ist Programmkoordinator beim WFD. Der Politikwissenschaftler ist Absolvent des DIE und Systemischer Berater (BIF)